

Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für Landwirtschaft und alle anderen Stände des Wilsdruffer Bezirks



Das Wilsdruffer Tageblatt erscheint an allen Werktagen nachmittags 4 Uhr. Bezugspreis monatlich 2,- RM. Einzelnummern 10 Pf. Die Postanschriften sind: Wilsdruff, Postfach 2640. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6. Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meissen, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Nossen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Das Wilsdruffer Tageblatt erscheint an allen Werktagen nachmittags 4 Uhr. Bezugspreis monatlich 2,- RM. Einzelnummern 10 Pf. Die Postanschriften sind: Wilsdruff, Postfach 2640. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6. Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meissen, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Nossen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meissen, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Nossen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr. 35 — 93. Jahrgang Telegr.-Adr.: „Tageblatt“ Wilsdruff-Dresden Postfach: Dresden 2640 Sonnabend, den 10. Februar 1934

Lieder und Zeiten.

„Es wird schon gehen!“ — Verklingendes „Frage-Lied“ — Das Lied der Arbeit.

In der französischen Revolution von 1789 gab es auch ein vielgelungenes liebliches Liedlein mit dem Refrain: „Ca ira! Ca ira!“, also etwa: „Es wird schon gehen!“ und daran wurde die damals sehr populäre Aufforderung geknüpft, man solle „die Aristokraten an die Laternen hängen“. Dieses Lied hat sich dann 1870, als Napoleon III. vom Thron gefallen war, wieder hören lassen und hat nunmehr, bei den Pariser Revolutionen, zum zweitenmal als Sturmlied eine Art Kufersicherung feiern dürfen, — bloß mit einem etwas veränderten Text! Jetzt war nicht mehr von den Aristokraten dabei die Rede, sondern die Pariser Straßen und Plätze hielten wieder von dem „Ca ira! Ca ira!“ und der daran sich anschließenden, von den damit Gemeinten aber recht unangenehm empfundenen Aufforderung: „Die Parlamentarier an die Laternen! Und wenn ihr sie nicht aufhängt, dann schlägt ihnen ein in die Zähne!“ — wobei noch hinzugefügt werden soll, daß mit dieser Überführung das betreffende französische Wort stark abgemildert worden ist! Jetzt ist das ja nun gerade nicht von den Pariser, weil schließlich jedes Volk heute genau diejenige Regierung hat, die es verdient, und dieses Wort auch für das Parlament gilt. Aber dem Druck der außerparlamentarischen Kräfte — und das sind nicht etwa bloß die Tumultuanten auf den Straßen — ist schon das Kabinett Chautemps gewichen und auch sein Nachfolger Daladier erlegen, obwohl dieser Mann von einer Kammermehrheit gleich drei Vertrauensvoten hintereinander erhielt! Und Kammermehrheiten waren in Frankreich bisher sozusagen der politischen Weisheit letzter Schluß; sie waren es, die über Leben und Tod des Kabinetts entschieden. Die Kammermehrheit, — das war so etwas wie der wirkliche Souverän Frankreichs. Zwar besitzt der Staatspräsident verfassungsgemäß das Recht, die Kammer aufzulösen, aber dieses Recht auszuüben hat seit 1870 nur ein einziger gewagt, Mac-Mahon, zwecks Wiederherstellung der Monarchie. Doch bei der Wahl entschied das französische Volk derart deutlich gegen diese Pläne, daß der Marschall-Präsident zurücktrat. An und für sich ist in der jetzigen Deputiertenkammer eine regierungsfähige Mehrheit vorhanden: das beweisen die drei Siege Daladiers, nur beweist dieses Vorhandensein selbst doch heute nicht mehr allzuviel, wenn es durch die Pariser Straßen hallt: „Die Parlamentarier an die Laternen!“ Was nun allerdings auch wieder nicht heißt, daß dies ein Art Pulververgiftung gegen die Institution des Parlamentes selbst darstellt! Bloß die übertriebenen Geschwüre sollen ausgeschlitten werden.

In den letzten Tagen hätten wir Deutschen aber auch an ein „politisches Lied“ denken können, das aber durchaus kein „garstig Lied“ war und ist, sondern in der Zeit vor 1870 so etwas wie die deutsche „Nationalhymne“ — obwohl damals Deutschland eigentlich nur ein „geographischer Begriff“ war. Wir meinen das bekannte „Was ist das Deutsche Vaterland?“, dieses „Frage-Lied“, wie einer unserer besten deutschen Auslandsdioniere der damaligen Zeit erinnerungsvoll geschrieben hat, ein Lied, das diese Auslandsdeutschen „vielleicht mit größerer Inbrunst und Sehnsucht gesungen haben als die Deutschen nach 1871 die neue Nationalhymne“. Und doch blieb in gewisser Beziehung jenes „Frage-Lied“ in Geltung. Denn bis vor wenigen Tagen mußte j. B. der im Ausland reisende Deutsche auf dem postgeheimen Anmeldebüro im Hotel usw. die überall selbstverständliche Frage nach der „Staatsangehörigkeit“ eigentlich von Rechts wegen, nämlich seinem Paß gemäß, mit „Preuss“, „Bayer“ oder, bis vor einigen Jahren, etwa mit „Badener“ beantworten. Denn das und nichts anderes war seine Staatsangehörigkeit. Aber in zahllosen Fällen machten sich diese Reisende gar kein Gewissen daraus, eine leichte Fälschung zu begehen und jene Kubrik auf dem Anmeldebüro einfach mit „Deutscher“ auszufüllen. Auch sonst ergaben sich aus dieser „Staatsangehörigkeit“ rechtlich oft geradezu groteske Vorkommnisse. Mit allen diesen „Gewissenskonflikten“ — hinter denen übrigens auch so etwas wie ein bischen Beschämung über diese Zustände steckte — ist es nun aus und vorbei. Nun gibt es keine Staatsangehörigkeit mehr und jetzt darf und wird man sich offen, frei und für immerdar bekennen: „Ich bin ein Deutscher...“

In die Vergangenheit hinabgesunken ist nun heute jenes wehmütige und sehnsuchtsvolle „Frage-Lied“, sei es nunmehr in Erfüllung ging, was es in seiner letzten Zeile forderte: „Das ganze Deutschland soll es sein!“ Versinken und verklingen aber sind auch jene Falschungen, die die „Verdammten dieser Erde“ zum letzten Gescheit anriefen, zum Klassenkampf und für die Internationale, die ihnen angeblich erst das Menschenrecht erkämpfen werde. Wir Deutsche haben es vorzogen, uns dieses Recht, das aber vor allem eine Pflicht ist, durch den Nationalsozialismus zu erringen! Soeben

Eine Regierung der nationalen Einheit.

Die neue französische Regierung.

Ein Kabinett der Ministerpräsidenten.

Savas verbreitet unter Vorbehalt später noch erfolgender Änderungen in der Verteilung der Ministerposten folgende Kabinettsliste:

Ministerpräsident: Doumergue, ohne Parteifarbe; Außen: Barthou, Senator der Demokratischen und Radikalen Vereinigung; Justiz: Chéron, Senator, parteilos; Inneres: Sarraut, Senator, Radikalsozialist; Krieg: Marshall Pétain; Kriegsmarine: Péri, Abgeordneter der Demokratischen Linken; Luft: General Denain; Finanzen: Germain-Martin, Abgeordneter, Radikalsozialist; Unterrichtsminister: Verthout, Abgeordneter, Radikalsozialist; Handel: Herriot, Abgeordneter, Radikalsozialist; Kolonien: Laval, Senator, parteilos; Landwirtschaft: Tardieu, Abgeordneter der Republikanischen Mitte; Öffentliche Arbeiten: Flandin, Abgeordneter, Demokratische Linke; Öffentliches Gesundheitswesen und physische Ausbildung: Marin, Abgeordneter der Demokratischen Vereinigung; Arbeit: Marquet, Abgeordneter, Radikalsozialist; Pensionen: Barnegaray, Abgeordneter der Republikanischen Vereinigung, über Riviolet.

Der alte Doumergue hat auf Eruchen des Staatspräsidenten das auf alle Fälle undenkliche Amt des Ministerpräsidenten übernommen und ein neues Kabinett gebildet. Er selbst, der mehr als Siebzigjährige, gehört sozusagen zu dem „letzten Aufgebot“ des politischen Frankreich von gestern. Er war eigentlich entschlossen, seinen Lebensabend bei Toulouse auf seinem Landgut durch Rosenpflege auszufüllen, als ihn, wie einst jenen alten Römer Coriolan der Ruf sozusagen von Pfluge weg in das Amt eines Diktators erreichte. Man hat ihn aus dem Frieden seines Toulouser Landhauses weggeholt, und zwar in eine Situation hinein, die so schwierig ist, wie sie seit 1914 wohl kaum ein französischer Ministerpräsident vor sich gesehen hat.

Die Liste seiner Kabinettsmitglieder entbehrt aber auch sonst nicht eines besonderen Reizes. Im Kriegsministerium sitzt der Marschall Pétain, der ja aus dem Weltkrieg als Nachfolger des „Vaisfüßlers“, General Rivelle, und als Verteidiger Verbund und Deutschen bekannt ist. Die Justiz betreut der als unantastbare Persönlichkeit geschätzte Senator und frühere Ministerpräsident Chéron, und sogar Herr Herriot, der Führer der Radikalsozialistischen Partei, ist als Handelsminister in das Kabinett hineingenommen worden. Ein weiterer ehemaliger Ministerpräsident, der uns Deutschen von seinem Berliner Besuch bekannte Laval ist Kolonialminister geworden, und der uns Deutschen vielleicht noch un sympathischer Herr Tardieu, Führer der Republikanischen Mitte, wurde als Landwirtschaftsminister ebenfalls in das Kabinett hineingenommen. Das kennzeichnendste an der politischen Zusammensetzung des Kabinetts ist aber wohl die Tatsache, daß zum Chef des öffentlichen Gesundheitswesens ein ausgesprochener und führender Politiker der Rechten, nämlich Herr Marin, ebenfalls Mitglied des Kabinetts wird.

Das Äußere liegt in Händen des Herrn Barthou, gleichfalls eines ehemaligen Ministerpräsidenten, der bereits während des Krieges die Führung der französischen Politik innehatte, und der tritt sich dort mit einem anderen ehemaligen Ministerpräsidenten, Sarraut, der jetzt die besonders schwere Aufgabe des Innenministers zu lösen hat. Man kann also das, was Herr Doumergue zusammengebracht hat, als das „Kabinett der Ministerpräsidenten“ bezeichnen.

Ein Aufruf Doumergues.

Ministerpräsident Doumergue hat folgenden Aufruf in Paris angeschlossen lassen: Bürger! Ich bin berufen worden, um eine Regierung des Bürgerfriedens, der Entspannung und der Gerechtigkeit zu bilden. Diese Regierung ist jetzt gebildet. In ihrem Namen fordere ich euch auf, eurerseits eure Pflicht zu tun und zwar dadurch, daß ihr von jeder Agitation Abstand nehmt. Das Interesse Frankreichs und der Republik über alles!

(gez.) Ministerpräsident Gaston Doumergue.

die Feinde brauchen und bringen. Und jetzt klagt zum Marschritt der Arbeiterbataillone ein anderer Lieber: „Brüder in Rechen und Gruben. Brüder, ihr hinter dem Pflug. Aus den Fabriken und Stuben folgt unseres Banners Flug!“

Neue Unruhen in Paris.

An verschiedenen Punkten der Stadt Paris ereigneten sich neuerlich ziemlich heftige Zwischenfälle. Die kommunistischen Kundgeber setzten der Auflösung ihrer Züge Widerstand entgegen. Einige Plünderer wurden verhaftet. Am Boulevard Belleville behaupteten sich die Kommunisten auf der Straße, wobei mehrere Schüsse fielen. Aus den Fenstern wurde die eingeleitete Polizei mit Blumenkörben beworfen. Im Laufe des Abends drangen Demonstranten in den Ostbahnhof ein und begannen zu plündern. Es kam zu heftigen Zusammenstößen mit der Polizei, wobei ein Beamter durch einen Schuß getötet wurde. Manifestanten haben die St. Josephs-Kirche in Brand gesetzt. Die Feuerwehr ist bemüht, den Brand zu löschen.

Kirchen in Brand gesteckt.

Paris, 10. Februar. Am Mitternacht scheinen die kommunistischen Unruhen um den Platz der Republik und den Ostbahnhof fort abzulaufen. Es ist der Polizei überall gelungen, die Ansammlungen und der Aufstandsversuche Herr zu werden. Nur an der Porte Saint Martin, wo die Kommunisten ihr Hauptquartier aufgeschlagen zu haben scheinen, war es unmöglich, ein Lotol auszubehben, aus dem sie fortwährend mit Waffen und Lebensmitteln versorgt wurden. Die bereits gemeldeten Zusammenstöße am Ostbahnhof sind ziemlich ernst geworden. Dreimal mußte die Polizei gegen sich immer wieder bildende Gruppen von 50 bis 100 Mann anrücken, die von der Schusswaffe Gebrauch machten. Auf beiden Seiten werden zahlreiche Verletzte gemeldet. Die Nachricht, daß ein Polizist durch einen Kopfschuß getötet worden sei, bestätigt sich nicht. Doch sind zwei Polizeibeamte mit sehr schweren Bauchverletzungen ins Krankenhaus eingeliefert worden. Am 23. Uhr verlegten die Manifestanten ihr Tätigkeitsfeld mehr auf die Außenboulevards. Das Rathaus des 11. Pariser Bezirks wurde von ihnen umzingelt und die Fenstergehänge eingeschlagen. Doch konnte das Gebäude durch heranrückende Polizei schnell befreit werden. In die Saint Ambrose-Kirche wurde von den Kommunisten Feuer gelegt, doch konnte der Brand bald gelöscht werden. Polizeistreifen durchziehen die Stadtviertel, um Gruppenebildungen zu verhindern. Alle irgendwie verdächtigen Personen werden angehalten und auf Waffen untersucht.

Der autonome Beamtenverband hatte seine Anhänger aufgefordert, sich an den kommunistischen Kundgebungen zu beteiligen. In geschlossenem Zuge zogen 800 Mitglieder dem Platz der Republik entgegen; sie wurden unterwegs von einem starken polizeilichen Abperrungsgürtel aufgehalten und vertrieben. Hierbei sind viele Teilnehmer verletzt worden.

Die Bilanz des Abends läßt sich noch nicht ziehen. Die Zahl der Verhafteten soll sehr groß sein und die der Verletzten nicht weniger beträchtlich.

Die Pariser Stadtverordneten fordern Wiedereinsetzung Chiappes.

Paris, 10. Februar. Der Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung ist bei Innenminister Sarraut vorstellig geworden mit der Forderung, die Regierung möge den früheren Polizeipräsidenten Chiappe und den aus Solikard mit ihm zurückgetretenen Präfekten des Seine-Departements Reynold wieder einsetzen, da sie das volle Vertrauen der Pariser Bevölkerung besäßen und ihrer Aufgabe gewachsen seien. Innenminister Sarraut wies darauf hin, daß nicht er, sondern die Regierung hierüber zu entscheiden habe.

Der Marin will berichten können, daß Chiappe eine entsprechende Artung der Regierung im Interesse der Beruhigung der Öffentlichkeit dankend abgelehnt habe. Chiappe wird dem Blatt zufolge zum Vorkämpfer in Bristol ernannt werden, während der frühere Seine-Präfekt Reynold seinen alten Posten wieder übernehmen soll.

Der Balkanpakt abgeschlossen.

Der Balkanpakt ist in Athen von den Außenministern Rumaniens, Griechenlands, der Türkei und Südbulgariens unterzeichnet worden. Sein Inhalt läßt sich dahin zusammenfassen, daß die vier unterzeichneten Länder sich gegenseitig ihre Balkangrenzen garantieren. Sie verpflichten sich, ohne vorherige gegenseitige Mitteilung keinerlei Aktion gegen jeden anderen Balkanstaat, der das Abkommen nicht unterzeichnet hat, zu unternehmen; desgleichen ohne Zustimmung der anderen vertragsschließenden Parteien keinerlei politische Verpflichtung einem anderen Balkanstaat gegenüber zu übernehmen. Jeder andere Balkanstaat kann dem Pakt beitreten.